

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(30. - öffentliche - Sitzung am 14. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Der Diesel muss bleiben - Möglichkeiten für die Einführung von GTL schaffen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2034](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann nahm er die Beratung auf. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen an, zu diesem Thema ebenfalls eine parlamentarische Initiative zu ergreifen. Der Ausschuss äußerte seine Absicht, zu dem Antrag und dem angekündigten Dokument den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT zu den ihn betreffenden Aspekten zu bitten.

2. **Sektorenkopplung fördern - marktwirtschaftliche Instrumente nutzen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2027](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte darüber eine Aussprache. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

3. **Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1849](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung ergänzend über den Fortgang der Beratung des Entwurfs des Energiesammelgesetzes im Deutschen Bundestag und im Bundesrat unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann schloss er die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

4. **Dicke Luft in Städten und Gemeinden: Landesregierung muss den Weg für wirksame Maßnahmen freimachen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/76](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

5. **Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Hersteller zügig voranbringen und endlich umsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1632](#)

Der Ausschuss nahm die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT auf. Er bat den - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, ihm auch den dort angekündigten Änderungsvorschlag zuzuleiten. Auf dieser Grundlage wird der Umweltausschuss die Mitberatung abschließen. Der federführende Ausschuss soll auf der Grundlage eines Protokollauszugs über den Zwischenstand informiert werden.

6. **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1843](#)

Der Ausschuss nahm die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT auf. Er bat den - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, ihm auch den dort angekündigten Änderungsvorschlag zuzuleiten. Auf dieser Grundlage wird der Umweltausschuss die Mitberatung abschließen. Der federführende Ausschuss soll auf der Grundlage eines Protokollauszugs über den Zwischenstand informiert werden.

7. **Vogeljagd im Nationalpark Wattenmeer stoppen - Landwirtinnen und Landwirte bei Gänseschäden besser entschädigen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1530](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT durch und kam überein, den - federführenden - Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Protokollauszug zu übermitteln.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Stand der Planungen zum Rückbau der Niedersächsischen Atomkraftwerke und des AKW Krümmel**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung bat der Umweltausschuss den Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“, ihn bei der Planung der Unterrichtung zur Havarie der MSC Zoe zu berücksichtigen. Ferner stellte es der Umweltausschuss den Mitgliedern jenes Unterausschusses anheim, an der für den 18. Februar 2018 vorgesehenen Unterrichtung über die Havarie teilzunehmen. Ferner kündigte der Vorsitzende an, dass die für den 28. Januar 2018 vorgesehene Sitzung um 13 Uhr beginnen wird und länger als bis 16 Uhr dauern kann.